

# Arabisches Inferno

## Der Westen und der Mittlere Osten

Von **William Pfaff**

Seit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs im Gefolge des Ersten Weltkriegs steckt der arabisch-islamische Raum in einer tiefen Krise, deren Überwindung nur von innen heraus gelingen kann. Es handelt sich um eine gleichermaßen politische wie religiöse Krise, einen geschichtlichen Vorgang, den man mit dem Dreißigjährigen Krieg in Europa vergleichen könnte. Dieser endete 1648 mit dem Westfälischen Frieden, der ein neues internationales System souveräner Staaten schuf. Dazu trat 1655 im Augsburger Religionsfrieden das Prinzip „cuius regio eius religio“, wonach die Obrigkeit zu entscheiden hat, welche Religion auf ihrem Territorium gilt. Die „westfälische Ordnung“ besteht im Westen im Großen und Ganzen bis heute fort, sieht man von einem unheilvollen Zwischenspiel – den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts – einmal ab.

Im Wissen um diese Krise erscheint der jüngste Aufstieg des sogenannten Islamischen Staats (IS) in einem anderen Licht: Das selbsternannte neue Kalifat, die Schreckenstaten, mit denen es seine Macht und Rücksichtslosigkeit demonstriert und seine erklärte Absicht, das Goldene Zeitalter des Islam zu restaurieren – all das ist in keiner Hinsicht neu in der Geschichte des Imperialismus und Postimperialismus. Doch erstaunlicherweise ignoriert die Debatte darüber, was gegen den IS unternommen werden solle, die Geschichte weitgehend. Unterschlagen wird, dass die immer wieder neuen Versuche des Westens, der nicht-westlichen Welt seinen Willen aufzuzwingen, ein ganzes Register historischen Scheiterns füllen. Wenn jetzt eine neue Bewegung den Anspruch erhebt, die verlorene Macht und den Ruhm des Islam wiederherzustellen – wie wenig überzeugend dieser Anspruch auch sein mag –, so handelt es sich um das letzte Stadium jener Krise, die den arabisch-muslimischen Raum plagt, seit er mit der Niederlage des Osmanischen Reichs als letztem politischen Ausdruck eines geeinten Islam seine Einheit verlor.

### Der Schlüssel zum Millennium

Man hört immerzu, um die Gegenwart zu verstehen, müsse man die Geschichte befragen. Doch in der Praxis geschieht dies selten vorurteilsfrei. Zum Aufstieg radikaler Volksbewegungen, die einer fragmentierten und

kulturell verstörten Gesellschaft ein verlorenes Goldenes Zeitalter zurückzugeben versprechen, kam es im 19. Jahrhundert mehrfach: mindestens zweimal in China mit der Taiping-Rebellion und dem Boxeraufstand, aber auch im kolonialen Indien mit der sogenannten Sepoy-Meuterei und im sudanesischen Mahdi-Aufstand. Ich nenne hier lediglich die bekanntesten Beispiele derartiger Erhebungen gegen imperiale Mächte.

Auch im postkolonialen Afrika zeigte sich dieses Phänomen. Dort erschien es als Suche animistischer Heiler nach Methoden, die religiöse Macht der europäischen Imperialisten zu kapern oder zu kopieren, um so der Ausbeutung zu entgehen. In primitiver Form finden wir das heute noch. Was sonst wären die schreckliche Kindertruppe der *Lord's Salvation Army* in Uganda oder andere radikale Erscheinungen wie Boko Haram, die man in westlichen Hauptstädten lediglich als „terroristisch“ einstuft? Ihre Macht erwächst aus der Religion und ihren je unterschiedlichen Versionen oder Perversionen.

In jedem dieser Fälle handelt es sich um politische Ausdrucksformen des möglicherweise bedeutsamsten Phänomens, das die Geschichte kennt: die Suche nach dem Schlüssel zum Millennium, auf die sich sowohl hochentwickelte als auch weniger komplexe Gesellschaften immer wieder begeben. Oder was war der Kommunismus anderes (und bleibt es in fragmentierter Form auch heute)? Er präsentierte eine Methode, das Versprechen der Kommunisten oder der sowjetischen Regierung zu verwirklichen: die Ankunft der Neuen Zeit, in der das Himmelreich auf Erden – in einem künftigen Zustand dauerhafter Beglückung oder durch Wiederherstellung einer imaginierten ruhmreichen Vergangenheit – einem leidgeprüften Volk Gerechtigkeit und Wohlbefinden bringen werde. Es handelt sich hier um säkulare Religion.

Dies ist ein neuzeitliches Phänomen. Im Mittelalter erwartete man im Westen, das verheißene Paradies werde sich erst am Ende des leidvollen irdischen Daseins durch das Erscheinen des Messias eröffnen. Das Millennium bezeichnete das Ende der weltlichen Zeit, wenn die menschliche Geschichte abgelaufen sein und die „tausend Jahre“ des himmlischen Reichs begonnen haben würden – wie in der Offenbarung des Johannes angekündigt. Der Marxismus war die säkulare Übersetzung dieser religiösen Verheißung. Es bedurfte einer säkularisierten Variante, weil die europäische Aufklärung Gott den Garaus gemacht hatte. Im Islam sieht man das anders. Der vorgebliche neue Kalif, Emir Abu Bakr al-Baghdadi, erwartet, dass die Verheißungen des Propheten Mohammed, die wie jene des Christentums überzeitlich sind, sich erfüllen werden.

Das im vergangenen August ausgerufenen Islamische Kalifat demonstriert seinen Eifer, den Westen ebenso anzugreifen wie dessen häretische Verbündete im arabischen Raum. Namentlich geht es dabei um den mit Amerika verbundenen schiitisch dominierten Irak und das sunnitische Saudi-Arabien, das seit jeher auf den Vorrang des Wahhabismus pocht. Der innerislamische Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten weitet sich aus und wird immer erbitterter ausgefochten, gefördert von großen und starken islamischen Staaten, unter ihnen das sunnitische Saudi-Arabien, das ebenfalls sunnitische Katar und auf schiitischer Seite der Iran – allesamt traditionelle Energielieferan-

ten westlicher Länder. Die heutigen Kämpfe im Nahen und Mittleren Osten gehen hauptsächlich auf den uralten Religionsstreit darüber zurück, wer der wahre Erbe des Propheten ist und den Koran richtig auslegt. In der Folge, aber nachrangig, kommen politische oder geopolitische Motive ins Spiel.

### **Auf den Trümmern des Osmanischen Reichs**

Die zeitgenössische arabische Krise begann, als die Sieger des Ersten Weltkriegs, die seinerzeit führenden imperialen Mächte Europas, die Überbleibsel des Osmanischen Reiches entsorgten und sich dabei ihres neuen Instruments, des Völkerbundes, bedienten. Gestützt auf dessen Mandate übernahmen sie die Oberaufsicht über die neuen Monarchien und andere Territorialherrschaften, die aus den Friedensverträgen hervorgegangen waren.

Das islamische, aber nichtarabische Ägypten blieb nach 1918 als Monarchie erhalten, allerdings unter britischem „Schutz“. Das ebenfalls nichtarabische Persien – eine andere, seit jeher unabhängige Monarchie – war unter informelle britische Vorherrschaft geraten, nachdem man dort im 19. Jahrhundert Öl entdeckt hatte, das für die Versorgung der Royal Navy benötigt wurde. Syrien, der Irak und Transjordanien erhielten Monarchen aus dem Clan der haschemitischen Araber.

Die genannten Länder wurden zu Mandatsstaaten des Völkerbundes gemacht, jeweils unter französischer oder britischer Kontrolle, während Palästina ebenfalls britisches Mandatsgebiet wurde. Allerdings machte Großbritannien keine Anstalten, sein Versprechen aus Kriegszeiten zu erfüllen, dort eine jüdische „nationale Heimstätte“ einzurichten – vorausgesetzt, die Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften würden respektiert, wie es die Balfour-Deklaration festlegte.

Der bis dato als Stammesgesellschaften verfasste Teil Arabiens wurde in den Nachkriegsjahren von der puritanischen Wahhabitenbewegung unter Ibn Saud erobert und 1926 zum unabhängigen Saudi-Arabien erklärt, während der heutige Jemen unter Stammesherrschaft verblieb. Die europäischen Kolonialregierungen hatten über angeblich niedriger stehende Völker jenseits der Grenzen Europas und jenseits der Meere für gewöhnlich so regiert, wie sie selbst es für gut befanden, in ihrem Eigeninteresse wie dem der Unterworfenen. Jetzt taten sie dies mit der unanfechtbaren Autorität der „Internationalen Gemeinschaft“ (als welche man den Völkerbund heute ansähe) und zerstörten so die Hoffnungen der arabischen Völker auf Einheit und echte Unabhängigkeit.

Doch erlosch damit nicht das Bestreben, das Volk des Islam wiederzueinigen – ein theologisch gespaltenes Volk, geeint durch den Koran und die arabische Sprache, in der dieser geschrieben ist und bis heute gelesen wird. Das einst an die Stelle der großen arabischen Kalifate getretene System der Osmanen war im 19. und frühen 20. Jahrhundert zerstört worden. Erst sah es sich mit dem wachsenden Widerstand der slawischen Völker im europäischen Teil des Reichs konfrontiert, dann kam es im Weltkrieg zum Zusammenstoß

mit dem modernen industrialisierten Europa. Die von der europäischen Aufklärung ausgehende geistige und theologische Herausforderung hatte islamische Denker zwangsläufig beeinflusst. So entstanden die frühen Reformströmungen, die der jungtürkischen Bewegung im Reich vorausgingen.

Während der 1920er und 1930er Jahre erstarkten in den neugebildeten Monarchien Irak und Syrien nationalistische Bewegungen, die teilweise auch das Militär erfassten. Schließlich übernahm in beiden Ländern die säkulare panarabische Baath-Partei die Macht und betrieb deren Modernisierung. Die Christen des Libanon, die keine isolierte Minderheit in einer panarabischen Nation der Muslime werden wollten, nahmen ihrerseits Einfluss auf die Entwicklung. Am nächsten kam dem panarabischen Ideal einer „arabischen Nation“ Oberst Gamal Abdel Nasser in Ägypten nach 1953, der den „arabischen Sozialismus“ in die Politik der Region einführte. Er erreichte, dass Ägypten sich zeitweilig mit Syrien und dem Jemen vereinigte. Auch die radikale Sekte der 1928 in Ägypten gegründeten, doch von Nasser dann rücksichtslos bekämpften Muslimbrüder war und bleibt eine panarabische Bewegung mit vielfältigen Ausformungen. Sie hat, trotz der jüngsten Niederlage in Ägypten, wohl noch eine große Zukunft vor sich.

Drei Jahrzehnte waren seit dem Waffenstillstand von 1918 vergangen, als die gerade neu gebildeten Vereinten Nationen – eine bis heute von den USA dominierte Institution westlichen Zuschnitts – das britische Mandatsgebiet Palästina aufteilten, um die von Großbritannien versprochene Nationale Heimstätte der Juden zu realisieren. Dies führte zum Dauerkonflikt zwischen den von Amerika unterstützten Zionisten und der ortsansässigen arabischen Bevölkerung. Dieser Konflikt hat das arabische Bewusstsein in einem politisch-psychischen Prozess grundlegend verändert und die Verletzungen der Kreuzzüge ebenso wieder in Erinnerung gerufen wie die ruhmreiche Vergangenheit der großen Kalifate und die osmanische Periode, in der islamische Herrscher Europa von Griechenland bis vor die Tore Wiens regierten. Mittlerweile hat der Palästinakonflikt auf beiden Seiten die Dimension eines – wie israelische Politiker sich ausdrücken – „Existenzkampfes“ angenommen.

### **Amerikanische Ordnungspläne**

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten die Araber zunächst erneut unter der Kontrolle der europäischen Kolonialmächte und unter dem Einfluss der UNO. Alle arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen der Nachkriegszeit scheiterten letztlich: der Krieg gegen die Teilung Palästinas und die Schaffung des Staates Israel; der arabische Sozialismus unter Nasser; die säkulare Baath-Partei in Syrien und im Irak; religiöse Initiativen wie die der Muslimbrüder. Stattdessen kam es serienweise zu inner- und zwischenstaatlichen Konflikten, in die schließlich unnützerweise die Vereinigten Staaten eingriffen.

Ausgerechnet in einem Klima, das geprägt war vom nationalen Scheitern der Araber und dem israelisch-palästinensischen Konflikt befanden die Vereinigten Staaten, sie seien fähig, eine neue, pro-westliche Ordnung zu schaf-

fen. Implizit hatte diese Vorstellung die gesamte Kriegs- und Nachkriegspolitik der USA bestimmt. Außenpolitisch galt es im Nahen und Mittleren Osten, zwei strategische Ziele zu erreichen. Das erste bestand in der Sicherung des amerikanischen Zugangs zu den Ölquellen. Dem diente ein schon während des Zweiten Weltkriegs zwischen Franklin Roosevelt und Ibn Saud geschlossenes Abkommen. Für den dauerhaften Zugang zu ihrem Öl garantierten die USA den Saudis dauerhafte Protektion. Zweitens musste eine Lösung für den arabisch-israelischen Konflikt gefunden werden. Wäre Washington in den 1950er Jahren bereit gewesen, eine solche zu erzwingen – durch die Schaffung zweier von den Vereinten Nationen garantierter Staaten –, wären der Region 60 Jahre eines teils verdeckten, teils offen geführten Krieges erspart geblieben. Doch Washington entschied anders. Israel fühlte sich so in seinem Drang ermutigt, das Heilige Land insgesamt in Besitz zu nehmen, was auch immer das für die Palästinenser bedeuten würde, welche die israelische Propaganda anfangs als unbedeutende Gruppe nomadisierender Stammesmitglieder abtat. Für die Vereinigten Staaten bedeutete es, dass sie sich aus innenpolitischen Zwängen heraus auf Dauer genötigt sahen, für die Folgen dieser Fiktion einzustehen.

Ein dauerhaftes Hindernis für amerikanische Erfolge in der Region erwuchs 1951 im Iran, als dort ein frei gewählter populistischer Ministerpräsident, Mohammed Mossadegh, gegen den Willen des Schahs die britische *Anglo-Iranian Oil Company* verstaatlichte. Der Schah flüchtete, kehrte aber 1953 nach einem Putsch gegen Mossadegh an die Macht zurück. Britische und amerikanische Geheimdienste hatten die Straße gegen den Premier aufgebracht. Die Nixon-Regierung salbte Schah Reza Pahlewi später zum Partner Amerikas und Ordnungshüter der Golfregion. Dieser sah sich jedoch 1979, wiederum nach einer Periode innerer Unruhen, genötigt, vor einem religiösen Staatsstreich schiitischer Fundamentalisten zu flüchten. Im weiteren Verlauf kam es zur Gefangennahme und Internierung des US-Botschaftspersonals in Teheran und zur Demütigung der US-Regierung. So entstand die feindselige Haltung gegenüber dem Iran, die seither die amerikanische Politik bestimmt.

In der Folge überfiel der Irak den Iran, wobei im Vordergrund territoriale Streitfragen standen, im Hintergrund die unausgesprochene Unterstützung Amerikas. Der Krieg dauerte acht Jahre und ist, was die Grausamkeit der Kriegführung angeht, mit dem Ersten Weltkrieg verglichen worden. 1990 fiel der Irak – wiederum zur Durchsetzung eines Gebietsanspruchs – in Kuwait ein, woraufhin eine US-geführte Koalition dieses Land und seine Ölquellen im sogenannten Golfkrieg befreite. Damals beschlossen die Vereinigten Staaten, in Saudi-Arabien permanent Militärstützpunkte zu unterhalten, obwohl die Saudis eine Dauerpräsenz solcher Einrichtungen in der Nachbarschaft der heiligen Stätten des Islam ablehnten. Nach den Angriffen vom 11. September 2001 auf New York und Washington erklärte die vor allem aus Saudis bestehende Al Qaida, sie wolle Gottes Zorn über die Blasphemien der USA im Mittleren Osten exekutieren. Präsident Bush konterte, indem er Al Qaida zur Ausgeburt des Bösen erklärte.

Amerikas Invasionen im islamischen Afghanistan und im arabischen Irak entsprangen dem Bedürfnis, sich für 9/11 zu rächen. Vordergründig gerechtfertigt wurde dies mit nicht existenten Massenvernichtungswaffen im Irak und dem ebenso eigennützigem wie illusionären Anspruch, die Gesellschaften beider Länder zu „demokratisieren“. Ihnen sollten womöglich der Rest der arabischen Länder und selbst die islamischen Staaten Zentralasiens folgen – die allesamt als Anwärter auf Eingliederung in ein von Washington dominiertes Weltsystem galten.

### Neokonservative Kontinuitäten

Der „New Middle East“, den die Nato Ende 2003 hochhoffiziell ausrief, ist offenkundig nicht Wirklichkeit geworden. Doch er bleibt eines der Ziele der expansionistischen neokonservativen Visionäre unter den Machern der US-Politik (deren Handschrift sich jüngst in der Ukraine zeigte, im Rahmen eines verpfuschten Versuchs, das Land in die Nato zu bringen). George W. Bushs Außenministerin Condoleezza Rice schrieb 2008 in der Zeitschrift „Foreign Affairs“: „Die Schaffung demokratischer Staaten ist jetzt eine vorrangige Komponente unseres nationalen Interesses, [Ausdruck] eines einzigartigen amerikanischen Wirklichkeitssinns, [der uns lehrt, dass] es Amerikas Job ist, die Welt zu verändern, und zwar nach seinem Bilde.“ Am 11. September 2014 schrieb kein Geringerer als der *Dean* der *School of Advanced International Studies* an der Johns Hopkins Universität, Vali R. Nasr, in der „New York Times“, Amerika müsse „die ganze Region zur Unterstützung von *power sharing* und *nation building* mobilisieren. Das ist ziemlich anspruchsvoll, aber die Krisen, denen Amerika sich gegenüber sieht, erfordern eine anspruchsvolle Strategie [...]“ Da liegt eine ganze Dekade voller Fehlschläge hinter uns, aber der Anspruch, die gewaltige Ambition, sie bleiben davon unberührt!

Präsident Barack Obama seinerseits hat erklärt, der IS sei eine Ausgeburt des Bösen. Er müsse in die Schranken gewiesen und zerstört werden. Beide Seiten dieser Neuaufgabe des Antiterrorkrieges von George W. Bush – Juden und Christen im Westen ebenso wie ihre arabischen Feinde – rühmen sich ihrer „Buchreligion“ und der Abkunft von Abraham, dem Propheten. Heute wirken sie, als hielten sie sich für Akteure jener apokalyptischen Schicksalsvision, die das Buch der Johannesoffenbarung beschreibt. Viele evangelikale Protestanten in Amerika glauben fest daran, amerikanische Außenpolitik lasse sich heutzutage nur in einem solchen Kontext verstehen.<sup>1</sup>

1 2009 wurde bekannt, dass der französische Präsident Jacques Chirac am Vorabend des Irakkrieges 2003 zweimal von Präsident George W. Bush angerufen worden war, der ihn drängte, sich an der Invasion zu beteiligen. Die Welt sei nämlich jetzt – begründete Bush sein Drängen – in jene im Buch Genesis angekündigte Endzeit eingetreten, die Ankunft von Gog und Magog stehe bevor. Das bedeute, es werde einen großen Krieg geben, in dem alle Feinde Gottes vernichtet würden, und der Jüngste Tag werde kommen. Chirac machte sich Sorgen über den Geisteszustand des US-Präsidenten und suchte bei einem Theologen an der Universität Lausanne Aufklärung und Rat. Anschließend entschied er, während seiner Amtszeit über das Wesen dieser Telefonate Stillschweigen zu bewahren. Die Enthüllung findet sich im Buch „Si vous le répétez, je démentirai“ von Jean-Claude Maurice, erschienen 2009 bei Plon in Paris. Sie wurde niemals dementiert.

Was dem Erfolg einer erneuten militärischen Intervention Washingtons im Mittleren Osten im Wege steht, ist der dort durchgängig geschwundene Respekt vor Amerikas politischem Modell. Darüber hinaus sind Washingtons strategische Vorstöße ganz einfach gescheitert. Sein Verhalten seit dem 11. September hat Weltordnungsinstitutionen untergraben oder bewusst zerstört, zu deren Wirken die Vereinigten Staaten früher einmal führend beitrugen. Regeln des Völkerrechts und der Moral, die in der Gemeinschaft der westlichen Nationen seit dem 17. Jahrhundert entwickelt worden waren, sind geflissentlich missachtet worden. Oder sie wurden unter Verweis darauf zurückgewiesen, dass die Vereinigten Staaten von der Bindung an das Völkerrecht freizustellen seien, ja selbst von der Achtung bis dato allgemein anerkannter Normen der internationalen Moral im Hinblick auf Menschenrechte und nationale Souveränität.

Nach dem Jahr 2001 hat in den USA eine Angleichung an totalitäre Vorstellungen, Werte und Praktiken stattgefunden, mit staatlich organisierten Morden, selektiver Tötung durch Drohnen und Missachtung der Vorschriften ordentlicher Gerichtsbarkeit, ebenso wie mit Folter und permanentem Wegschließen ohne Verurteilung. Dies alles haben führende US-Politiker gerechtfertigt, während sich ihr Land zunehmend in einen erbitterten Krieg verstrickte. Dabei handelt es sich nicht um einen Religionskrieg im eigentlichen Sinn, sondern eher um den Konflikt zwischen zwei Absolutismen, von denen einer religiös inspiriert ist und der andere – unserer – einer politischen Kultur entspringt, die ein extremer Nationalismus millenaristischer Prägung kennzeichnet.

Aus dem Chaos, das der naive Versuch produzierte, eine „demokratisierte“ arabisch-islamische Regionalordnung unter amerikanischer Führung zu schaffen, sind die gegenwärtigen Konflikte innerhalb islamischer Staaten und zwischen ihnen erwachsen. Sie werden angetrieben von internen und nationalen politischen Interessen vor dem Hintergrund der andauernden religiösen Rivalität zwischen „Schia“ und „Sunna“. Unter der Regierung König Salmans, Halbbruder und Nachfolger des verstorbenen Königs Abdulah der sunnitischen Führungsmacht Saudi-Arabien, scheint diese Rivalität sich noch zu verschärfen.

### **Mit Huntington gegen Obama**

Man erinnert sich der Theorie, mit der Samuel Huntington gegen Ende seiner Karriere hervortrat: Der „nächste Weltkrieg“ werde eher als Religionskrieg denn als zwischenstaatlicher Konflikt ausgefochten werden. Ich habe diese Vorstellung seinerzeit abgetan – als schlichte Projektion der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in die Zukunft und als Ausdruck des konventionellen außenpolitischen Denkens im Amerika der 1990er Jahre, insbesondere der aggressiv antiislamischen Neokonservativen in Washington.

Der Mangel an Plausibilität in Huntingtons Theorie wurde noch gesteigert durch sein Bild von China – das in Washington damals und selbst heute noch

als künftige Feindmacht galt – als Teil einer „konfuzianisch-islamischen Militärkoalition“ mit dem Anspruch, „die militärische Macht des Westens zu parieren“. Man sollte meinen, dass eine solche Allianz, käme sie tatsächlich zustande, für China nicht sonderlich nützlich wäre, angesichts einer schlecht behandelten muslimischen Minderheit im eigenen Land. Auch hätte China, wenn es sich in muslimische Konflikte mit Washington einmischte, wenig zu gewinnen.

Als Huntingtons These in den Vereinigten Staaten in Umlauf kam, bewirkte sie hauptsächlich eine Zunahme antiarabischer Vorurteile, besonders unter Israelfreunden. In politisch-strategischen Kreisen förderte sie ein Klima, in dem der Rachefeldzug der Bush-Administration nach dem 11. September unvermeidlich erschien. Noch stärker beeindruckte sie intellektuelle und ideologische Zirkel in der islamischen Welt und arabische Regierungen. Schließlich kam diese Theorie aus Harvard und galt der berühmte Professor Huntington als führender Kopf der amerikanischen Politikwissenschaft. Tatsächlich zählte Huntington viele Jahre lang zu den einflussreichsten wissenschaftlichen Stimmen im politischen Washington.

Während eine chinesisch-arabische Militärallianz heute kaum drohen dürfte, wird Huntingtons Religionskriegs-These seit dem 11. September, dem Erstarken islamistischer Parteien und der neuen Welle des Dschihadismus in manchen Kreisen ernster genommen. Nur Tage nach der Ausrufung des „Islamischen Staats“ im vergangenen Jahr begann man im amerikanischen Kongress und den Washingtoner Denkfabriken für einen Angriff auf das neue Kalifat zu trommeln. Gleichzeitig zieh man Barack Obama der Zögerlichkeit.

Aber warum? Die vorangegangenen Interventionen im Mittleren Osten haben sich als sinnlos erwiesen und beide Seiten schwer geschädigt. Mit ihrem Versuch, sich als Oligarchen der modernen arabisch-islamischen Welt zu etablieren, wobei sie Invasionen und Kriege nicht scheuten, haben die Amerikaner den Großteil der Araber im Nahen und Mittleren Osten gegen sich aufgebracht. Barack Obama bewarb sich im Jahr 2008 um die Präsidentschaft mit dem Versprechen, zwei Kriege zu beenden – und das ist noch nicht voll eingelöst. Nun steht er vor der Frage, wie den Schmähungen und Mordakten zu begegnen ist, mit denen der IS die Vereinigten Staaten zu neuen Vergeltungshandlungen provozieren und so seine eigenen Aktionen und Ambitionen rechtfertigen will.

### **Die verlorene Einheit früherer Zeiten**

Der Krieg, mit dem wir es zu tun haben, spielt sich im Wesentlichen innerhalb des islamischen Raums ab. Seine religiösen, weltanschaulichen und politischen Gründe sind aus dem Inneren dieser Gesellschaften erwachsen – aber auch aus den Provokationen von außen, die sie erdulden mussten. Er kann nur durch die Menschen in diesen Gesellschaften beigelegt werden. Das Letzte, was sie brauchen, ist eine weitere Militärintervention ausländischer Mächte. Mit der ersten dieser imperialen Interventionen nach 1918



zerbrachen Großbritannien und Frankreich die islamisch-arabische Einheit, wie sie in osmanischer Zeit bestand, als die Hohe Pforte eine europäische wie mediterrane Großmacht war. Damals zerstückelten die europäischen Großmächte die Region und teilten sie untereinander auf. Und alle nach dem Zweiten Weltkrieg unternommenen regionalen Anstrengungen, die Vision einer arabischen Nation zu verwirklichen, wurden vereitelt.

Amerikas Versuch, den Schah von Persien zu seinem Generalbevollmächtigten und dessen Staat zum Stellvertreter der US-Macht im Mittleren Osten zu machen, provozierte letztlich die Entstehung eines fundamentalistischen Iran, der Amerikas ärgster Feind in der Region wurde. Aus den amerikanischen Invasionen im Afghanistan der Taliban und im sunnitisch regierten Irak gingen in beiden Fällen ruinierte Länder und korrupte Marionettenregimes hervor. Auch Libyen und der Jemen blieben als *failed states* zurück. Man sollte meinen, jeder weitere Anlauf zu einer Neuordnung des Mittleren Ostens würde allerorts – selbst in Washington – als Narretei betrachtet. Alle bisherigen Versuche haben nur Zerstörung bewirkt und die islamische Welt fast überall mit glühendem Hass auf die Vereinigten Staaten erfüllt. So haben diese Versuche, wenn man so will, dem „Neuen Kalifat“ den Boden bereitet. Dennoch ist Washington dabei, sich einer weiteren – vorhersehbar erfolglosen – Militärintervention zu verschreiben, die wiederum Tausenden das Leben kosten könnte.

Die saudische Monarchie und die Vereinigten Staaten – als Sponsor dessen, was vom Irak übrig geblieben ist – haben sich selbst beauftragt, den „Islamischen Staat in Syrien und der Levante“, den Möchtegern-Nachfolger der sunnitischen Großmächte, zu vernichten. Mit seinem „Neuen Kalifat“ beansprucht der IS implizit das Recht, über die heiligen Stätten des Islam zu herrschen.

Indem sie mit den Vereinigten Staaten, die derzeit über keine schlüssige Strategie verfügen, eine improvisierte Koalition zur Bekämpfung des Neuen Kalifats eingehen, demonstrieren Saudi-Arabien, die Mehrheit der Golfstaaten und letztlich Ägypten erneut, dass ihre eigene Sicherheit und staatliche Integrität von einer ausländischen, interventionistisch agierenden Macht abhängt. Das ist eine Ohnmachtserklärung hinsichtlich ihrer Fähigkeit und Bereitschaft, der arabisch-islamischen Welt jene Geschlossenheit und Integrität zurückzugeben, die sie in osmanischer Zeit besaß. So bekräftigen sie erneut ihre Kapitulation vor der imperialistischen Einflussnahme wie schon im 20. Jahrhundert. Der Aufgabe, die verlorene Einheit früherer Zeiten wieder herzustellen, hat sich jetzt eine neue, barbarische Sunniten-Bewegung verschrieben.

# Barack Obama: Bilanz der ersten Amtszeit



## Barack Obama: Präsident der polarisierten Staaten von Amerika

Eine innenpolitische Bilanz seiner ersten  
Amtszeit 2009-2013

Von Helge Fuhst

2014, 400 S., brosch., 79,- €

ISBN 978-3-8487-1421-6

(Parteien und Wahlen, Bd. 8)

[www.nomos-shop.de/22724](http://www.nomos-shop.de/22724)

Was ist aus Obamas Versprechen des Wandels geworden? Wie viel „Change“ konnte der frühere Community Organizer als Präsident umsetzen? Der Autor hat Obamas Wahlkampf und die erste Amtszeit über lange Strecken vor Ort in Washington, D.C. begleitet. 40 Interviews mit US-Politikern und Experten bereichern die Arbeit mit wertvollen Einblicken in die Obama-Regierung.

## Die Kooperation des Hegemons USA mit Saudi-Arabien und Pakistan

TIPP

Fremde oder Freunde?

Von Iris Wurm

2014, 466 S., brosch., 79,- €

ISBN 978-3-8487-0335-7

(Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 22)

[www.nomos-shop.de/20690](http://www.nomos-shop.de/20690)

Portofreie Buch-Bestellungen unter  
[www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



**Nomos**